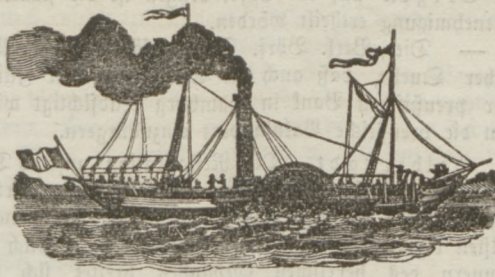


# Danziger Dampfboot.

№ 16.

Donnerstag, den 19. Januar.

Das „Danziger Dampfboot“ erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Abonnementspreis hier in der Expedition Portefaisengasse Nr. 5, wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Hiesige auch pro Monat 10 Sgr.



1865.

36ster Jahrgang.

Inserate, pro Petit-Spaltzeile 1 Sgr., werden bis Mittags 12 Uhr angenommen.

Inserate nehmen für uns außerhalb an: In Berlin: Kettemeyer's Centr.-Ztg.-u. Annonc.-Büreau. In Leipzig: Jllgen & Fort. S. Engler's Annonc.-Büreau. In Breslau: Louis Stangen's Annonc.-Büreau. In Hamburg-Altona, Frankf. a. M. Haafenstein & Vogler.

## Telegraphische Depeschen.

Hamburg, Mittwoch, 18. Januar.

Der „Hamburger Correspondent“ schreibt: Fast sämtliche Gutsbesitzer und Pächter im holsteinischen Oldenburg haben die Adresse des Herrn v. Scheel-Plessen unterzeichnet. — Die „Kieler Zeitung“ bestätigt aus sicherer Quelle die von verschiedenen Zeitungen gebrachte Nachricht von der Zusammensetzung der Landesregierung und fügt hinzu, daß der bisher bei der Civilbehörde in Schleswig beschäftigte Graf Baudissin zum Chef des Secretariats der Obercivilbehörde und der bisherige Zolldirector in Schleswig Kühl zum Vorstände des Zollwesens in den Herzogthümern ernannt ist.

Der Dampfer „Saxonia“ bringt Nachrichten aus Newyork vom 7. Januar. Hood hat am 26. December v. J. den Tennessee passirt. Die Richmonder Journale melden, daß das vom General Thomas erstrebte Ziel Branchville (der Sabelpunkt an der Eisenbahn nach Charleston) sei. Ein Theil der Armee Sherman's hat den Savannah überschritten und die Piquets der Confederirten verjagt.

Flensburg, Mittwoch, 18. Januar.

Nach der „Norddeutschen Zeitung“ haben die Mitglieder der Grenzregulirkommission sich gestern nach dem Norden begeben und werden heute ihre Arbeiten beginnen.

Frankfurt a. M., 18. Januar.

Die „Frankf. Post-Ztg.“ enthält folgendes Telegramm aus Wien: Der Kaiser hat den Beschluß des Finanz-Ausschusses, bezüglich der Herabsetzung des Ausgabe-Budgets (um ca. 30 Millionen) dem Ministerium zur möglichsten Berücksichtigung empfohlen, da der Antrag des Grafen Brinck billigenwerth sei.

Brüssel, Mittwoch, 18. Januar.

Nach einer Mittheilung der „Indep. belge“ haben Frankreich und Oesterreich alle legislativen und administrativen Documente, nach welchen das Handelswesen beider Länder geregelt wird, schon seit längerer Zeit mit einander ausgetauscht. Gegenwärtig seien von Seiten Frankreichs wie Oesterreichs specielle Fachmänner mit den Vorstudien zu ferneren Unterhandlungen beauftragt worden.

Marseille, Mittwoch, 18. Januar.

Laut Nachrichten aus Neapel ist Kardinal Adrea dafelbst als Kandidat zur Deputirtenkammer aufgestellt worden. Man weiß noch nicht, ob er annehmen wird. — Aus Rom wird gemeldet, daß Kardinal Antonelli an einem Diner und einer Soirée bei dem französischen Botschafter Theil genommen habe.

## Landtag.

Berlin, den 18. Januar.

Der von dem Abgeordneten Reichensperger in der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses eingebrachte Adress-Entwurf lautet:

„Allerdurchlauchtigster Großmächtigster König, Allergnädigster König und Herr!

Mit dem Gefühle freudigen Stolzes hat das Haus der Abgeordneten die ehrenden Worte vernommen, mit welchen Ew. Majestät geruht haben, vom Throne herab die der Väter würdigen Thaten der Armee in dem so glücklich beendigten Kriege anzuerkennen. Diese Armee ist das Preussische Volk in Waffen, und die ihr gewordene Ehre des königlichen Lobes wird daher mit empfunden vom ganzen Preussischen Volke und insbesondere von der gewählten Vertretung desselben, dem Hause der Abgeordneten. Wir geben uns der zu-

versichtlichen Hoffnung hin, daß die durch die siegreichen Heere Ew. Majestät und des Kaisers von Oesterreich glorreich errungene Selbstständigkeit der deutschen Nordmarken recht bald ihren vollen Abschluß in einer den Rechten der Herzogthümer, sowie den Interessen Preußens und Deutschlands entsprechenden Weise erhalten werde. Das Haus der Abgeordneten hat in Ehrerbietung den Ausdruck der Ueberzeugung Ew. Majestät vernommen, daß die thatsächlich bestehende Organisation der Armee in dem siegreich geführten Kriege sich bewährt hat, und daß die Anerkennung dieser Thatsache dazu beitragen werde, den Gegensatz, welcher in den letzten Jahren zwischen der königlichen Staatsregierung und dem Hause der Abgeordneten in Betreff jener Organisation obgewaltet hat, zur Ausführung zu bringen. Wir können keinen heiferen Wunsch hegen, als daß diese durch alle Interessen des Vaterlandes gebotene und durch die bedeutungsvollen Ereignisse der jüngsten Vergangenheit wesentlich erleichterte Ausgleichung endlich herbeigeführt werde. Wir werden darum allen hierauf gerichteten Schritten der königlichen Staatsregierung aufs Bereitwilligste entgegen kommen; allein wir können dies kraft der eidlich übernommenen Pflicht, das wirkliche verfassungsmäßige Recht des Landes unversehrt zu bewahren, nur auf der Grundlage der vollen Anerkennung dieses Rechtes Seitens der königlichen Staatsregierung. Dies verfassungsmäßige Recht des Landes ist aber durch das von der Staatsregierung seit drei Jahren inne gehaltene Verfahren thatsächlich in Frage gestellt worden. Die Verfassungsurkunde hat der Landesvertretung ihr volles Recht der Ausgabebewilligung und der Ausgabeverweigerung anvertraut, indem sie im Artikel 99 festsetzt, daß alle Einnahmen und Ausgaben des Staates für jedes Jahr im voraus veranschlagt und auf den Staatshaushaltsetat gebracht werden müssen, letzterer aber jährlich durch ein Gesetz festzustellen sei. Es ist hiernach nicht zweifelhaft, daß nur die kraft der Zustimmung aller drei Faktoren der Gesetzgebung geleisteten Ausgaben als verfassungsmäßig bewirkt anzusehen sind, während allen anderen Ausgaben jener Charakter nur durch eine nachträgliche Genehmigung der beiden Häuser des Landtags aufgedrückt werden könnte. Seit einer Reihe von Jahren ist aber weder jener normale Budgetabschluß zu Stande gebracht, noch auch die Verpflichtung der Staatsregierung zur Erwirkung jener nachträglichen Genehmigung unumwunden und thatsächlich anerkannt worden. Wenn es nun in der Vergangenheit durch das Zusammenreffen mannigfacher störender Verhältnisse nicht erreichbar war, unter Zustimmung aller drei Faktoren der Gesetzgebung, einen solchen Staatshaushaltsetat zu Stande zu bringen, die unumgänglich notwendigen Ausgaben vielmehr auf die persönliche Verantwortlichkeit der Staatsregierung geleistet werden mußten: dann kann doch für die Zukunft eine Ausgleichung dieses Konflikts nur dadurch ermöglicht werden, daß in formeller Beziehung die königliche Staatsregierung vor Allem jenes verfassungsmäßige Budgetrecht der Landesvertretung anerkennt und nach der materieller Seite hin mit Vorschlägen entgegenkommt, welche die mit der neuen Heereseinrichtung verbundene Mehrbelastung des Landes thunlichst zu ermäßigen geeignet sind. Im preussischen Volke lebt die Ueberzeugung, daß bei der im letzten glorreichen Kriege von Neuem bewährten Tüchtigkeit der jüngeren wie der älteren Mannschaften ein Präsenzstand von annähernd 2 Jahren als ausreichend anzuerkennen ist, um eine Armee herzustellen, welche in Verbindung mit der durch erhöhte Rekruten-

aushebung verstärkten Reserve und mit dem altbewährten Institute der Landwehr der Machtstellung und der Ehre Preußens eine unerschütterliche Grundlage gewährt. Mag vielleicht ein längerer Präsenzstand bei den Fahnen aus rein militairischen Gesichtspunkten als wünschenswerth bezeichnet werden können, — die durch obiges Entgegenkommen der Staatsregierung dem Lande zugewendeten finanziellen, socialen und volkswirtschaftlichen Vortheile werden jeden etwaigen Ausfall an militairisch-technischer Durchbildung reichlich ersetzen, die hiermit aber zu erhoffende Ausgleichung des beklagenswerthen Conflicts wird auf die Wege derjenigen normalen Entwicklung zurückführen, deren Stöckung seit Jahren im Vaterlande allseitig und tief empfunden worden ist.

Allergnädigster König und Herr!

Das Haus der Abgeordneten hat mit jenem Freimuth gesprochen, welcher durch das Gefühl treuer Anhänglichkeit an den König und durch das Bewußtsein der Untrennbarkeit aller wahren Interessen der Krone und des Landes getragen wird. Die Größe und die Zukunft Preußens beruht ja seit Jahrhunderten auf der Hingebung seiner Fürsten und der Treue seiner Unterthanen; die durch die Verfassungsurkunde herbeigeführte Neugestaltung unseres Staatswesens, insbesondere die maßgebende Mitbetheiligung der Landesvertretung an der jährlichen Festsetzung der Staatsausgaben, konnte und sollte aber nicht jenes sichere Fundament erschüttern, sondern befestigen, und darum wird das Haus der Abgeordneten an das ihm zugewiesene ernste Werk nur mit dem Entschlusse herantreten, bei Ausübung seines verfassungsmäßigen Rechtes immerdar der entsprechenden Pflichten eingedenk zu sein, welche ihm der Krone und dem Lande gegenüber obliegen.

In tiefster Ehrfurcht verharren wir

Ew. königlichen Majestät

allerunterthänigste, treugehorsamste

Das Haus der Abgeordneten.

Unterschieden ist der Antrag von den Abgeordneten Reichensperger, Osterrath, Rhoden, Dr. Schulz (Vorken), Froning, Dr. Krebs, Dr. Weber, Münzer, Ellering, Reinhardt, Stock, v. Kleinsorgen, Schmidt, (Baderborn), Kleinschmidt, Albers, Hobbeling, Aussen, Marquard, Schnapka, Jaensch.

— Das Herrenhaus hat heute keine Sitzung: die nächste ist auf Sonnabend 2 Uhr angesetzt. Es ist daraus wohl zu entnehmen, daß bis jetzt die letzten Entschlüsse in Betreff des Militairgesetzes, dessen Einbringung man heute erwartete, noch nicht gefaßt sind.

— Die „Nordd. Allg. Ztg.“ versichert, es fehle den Gerüchten, daß die Regierung ein Militairgesetz überhaupt nicht oder nur dem Herrenhause vorlegen werde, jede Begründung.

Berlin, 18. Januar.

— Am heutigen Tage hatten Se. Majestät der König die hier anwesenden kapitelfähigen Ritter des hohen Ordens vom Schwarzen Adler im hiesigen königlichen Schlosse zur Aufnahme einiger Mitglieder und zur Abhaltung eines Kapitels um Allerhöchstdurchsicht versammelt. Das Fest begann um 1 Uhr. Seine Majestät geruhten, dem General der Infanterie von Neumann, dem General der Cavallerie Grafen von Waldersee, dem General der Infanterie von Peucker, dem General der Infanterie von Wussow, dem General der Infanterie von Schack, dem General der Infanterie von Bonin und dem Präsidenten des

Staatsministers von Bismark-Schönhausen die Investitur im Rittersaale zu erteilen und darauf ein Kapitel in der Schwarzen Adler-Kammer abzuhalten.

Man kann nicht leugnen, daß die Thronrede vom 14. Januar ein mit Talent und Geschick entworfenes Actenstück ist. Es hält sich in verbindlichen und versöhnlichen Formen, es spricht den dringenden Wunsch der Krone aus, den Gegensatz zwischen Regierung und Abgeordnetenhaus zur Ausgleichung zu bringen; es beruft sich für diese Ausgleichung auf die bedeutungsvollen Ereignisse der jüngsten Zeit. Niemals in der That hat sich ein conservatives Ministerium Preußens in einer günstigeren Lage befunden, als augenblicklich das Ministerium Bismark. Unter seiner Regierung ist ein siegreicher Krieg geführt, ein glänzender Erfolg dem Auslande abgerungen, und die große Menge, welche den einzelnen Verlauf dieser Ereignisse nicht kennt, oder nicht im Gedächtniß behält, unterscheidet nicht, wie viel von diesem Erfolg dem Ministerium, wie viel anderen Factoren zufällt. Die Leistungen eines Staats werden unwillkürlich zugleich auf seine jeweilige Regierung übertragen. So steht denn diese Regierung heute dem Abgeordnetenhause weit mächtiger gegenüber, als vor einem Jahr und mit weit geringeren Zugeständnissen als früher, würde sie ein Compromiß zu Stande bringen können. Ráth nicht die ganze Situation dringend zu solchem Compromiß? Der Einfluß Preußens in Deutschland, seine Pläne in Schleswig-Holstein, seine Stärke und Geschlossenheit zu jeder auswärtigen Action würden außerordentlich gefördert, wenn der innere Conflict beseitigt würde. Aber nichts ist schwerer, und daher leider nichts seltener, als die Mäßigung im Siege. Eine Aussicht auf ein annehmbares Compromiß bietet die Regierung bis jetzt wenigstens nicht. Unserer Regierung nach hat die Thronrede allerdings Recht, wenn sie der jetzigen Armeeorganisation es nachrühmt, daß der Krieg ohne Aufbietung der Landwehr geführt werden konnte. Während im jüngsten Kriegsjahre zwischen zwei und drei Tausend Landwehrlente eingezogen waren, würde nach der alten Organisation mehr als die zehnfache Zahl dem Erwerb und der Familie entzogen worden sein. Aber es ist hundert Mal discutirt, daß man die Armeeform in ihren Grundlagen festhalten und doch dem Lande manche Erleichterung bieten kann; und vor Allem, daß man zunächst sein Budgetrecht rehabilitiren muß. Welche Aussichten sind hierzu eröffnet? — Bis jetzt noch keine. Was die Vergangenheit betrifft, so hört man nichts von einer Indemnitätsforderung, und für die Zukunft ist zwar von einem Militärgesetz die Rede, die Thronrede schweigt über diesen Punkt, vielleicht weil man über den Inhalt des Gesetzes noch nicht einig ist) aber es ist zweifelhaft, ob es Anknüpfungspunkte zur Verständigung bieten wird.

Wenn gleich dies aus der Gegenrede des Ministers des Innern gegen die zweite Rede des Präsidenten Grabow noch nicht hervorgeht, so hat doch die Regierung in Folge der letzteren, wie uns versichert wird, schon die entschiedensten Maßnahmen in's Auge gefaßt, sofern aus der Antrittsrede des Herrn Grabow, wie man in Regierungskreisen der Meinung ist, ersichtlich geworden, daß eine bestimmte Fraktion einen Terroismus auf das Haus und den Präsidenten auszuüben bemüht sei. Die Regierung glaubt, nach dem, was wir hören, einer „künstlichen“ Erweiterung des Konflikts nicht Raum geben zu sollen. Was unter dem „künstlichen“ Konflikt zu verstehen ist, und welche entschiedenste Maßnahmen eventuell in Aussicht stehen, darüber fehlen auch für heute noch verlässliche Anschauungen.

Wie wir hören, ist vom Ministerium des Innern eine besondere Weisung an die betreffenden Behörden ergangen, auf die Art der Kammerberichterstattung zu achten. Laut Erkenntniß des Obertribunals vom Mai v. J. sind die Kammerberichte dem gewöhnlichen Strafgesetze unterworfen, sobald sie nicht ein correctes, von jeder Einseitigkeit in der Auswahl des Materials freies Bild der Verhandlungen geben.

Die „Nordb. Allg. Ztg.“ erinnert an das Erkenntniß des Ober-Tribunals vom Mai v. J. betreffs der Veröffentlichung objectiv strafbarer Aeußerungen aus den Verhandlungen des Landtages. Sie glaubt, daß die Zeitungs-Redactionen wohl thun würden, wenn sie die strengste Sorgfalt sich zur Pflicht machen. Jedenfalls sei die Staatsregierung in der Lage, erneuerten Versuchen unbefugter Benutzung von strafbaren Aeußerungen einzelner Kammermitglieder wirksam zu steuern.

Die „Provinzial-Corresp.“ schreibt: Es sei entschieden festzuhalten, daß die preussische Regierung in keine Entscheidung über die Schicksale der Herzog-

thümer willige vor voller und sicherer Erreichung einer Gewähr für Erfüllung aller im Interesse Preußens und Deutschlands zu stellenden Forderungen betreffs der künftigen Beziehungen der Herzogthümer zu Preußen in militärischer, maritimer und commercieller Hinsicht. — Ferner meldet dasselbe Blatt, daß die Staatsregierung, die ursprüngliche Bestimmung der Amtsblätter zur Ausführung bringend, beschlossen habe, in den Amtsblättern der Regierung belehrende Aufsätze über öffentliche Angelegenheiten erscheinen zu lassen.

Zur Errichtung einer katholischen Missionstation zu Bergen auf der Insel Rügen ist die staatliche Genehmigung erteilt worden.

Die „Berl. Börs. Ztg.“ erfährt aus verlässlicher Quelle, daß auch die Errichtung einer Filiale der preussischen Bank in Hamburg beabsichtigt wird, um die preussische Valuta dort einzubürgern.

Halberstadt. Die Restauration unseres Domes ist auch im verflossenen Jahre günstig fortgeschritten und der hohe Chor steht, von den Baugerüsten befreit, wieder in neuer Pracht da. Auch im Innern des herrlichen Gebäudes breitet sich der Glanz der wiedergewonnenen Schönheit immer mehr aus und die Zeit kann nicht mehr fern sein, wo der goldene Kern sich aus allen Schladen der Zerstörung und unschöner Anbauten vollständig herausgeschält hat. Die schönen Glasmalereien im großen Fenster des südlichen Querschiffgiebels, ein Werk des talentvollen Karl Jordan, sind auch bis zum bedeutendsten Abschnitt vollendet; der ideale Mittelpunkt derselben, Gott Vater und Sohn, umgeben von himmlischen Heerschaaren, leuchtet bereits in strahlender Glorie auf den ersten Säulenwald des Domes herab.

Leipzig, 15. Jan. Die bekannten Zerwürfnisse im Schooße der Schillerstiftung machen, wie man ohne Mühe bemerken kann, in dem größeren Publikum einen außerordentlich ungünstigen Eindruck und sind daher nicht geeignet, für dies Institut Interesse zu wecken. Unter den mancherlei Beiträgen zu dem Streite nimmt unstreitig die Philippika, welche Joeben Gerstlacker in der neuesten Nummer der „Gartenlaube“ gegen den Verwaltungsrath schleuderte, eine hervorragende Stellung schon deshalb ein, weil sie den eigentlichen Gegenstand des Streites klar ins Licht setzt, und so auch Fernstehenden ein selbstständiges Urtheil ermöglicht. Es wäre im allgemeinen Interesse dringend geboten, so schnell wie möglich eine Verständigung herbeizuführen, welche bis jetzt von Weimar aus mit ziemlicher Schroffheit abgewiesen worden ist.

Wien, 14. Jan. Der „Const. Oesterr. Ztg.“ wird aus Frankfurt geschrieben: „Ueber den Standpunkt, welchen Rußland in der Herzogthümerfrage beobachtet, bin ich in der Lage, Folgendes mitzutheilen, das Sie als verbürgt betrachten können. Das Petersburger Cabinet hat sich bis jetzt in officieller Weise gegen die Annexion der Herzogthümer an Preußen nicht ausgesprochen, wohl aber hat es in Berlin Mäßigung empfohlen und dringend abgerathen, die Ansprüche zu hoch zu spannen. „Die österreichisch-preussische Allianz“ heißt es in einer Anfangs December in Berlin übergebenen russischen Note, „ist die sicherste Garantie des europäischen Friedens, es sei daher die Pflicht eines jeden Staatsmannes, diese Allianz zu erhalten und zu festigen. Es sei Alles zu vermeiden, wodurch dieselbe bedroht werden könnte. Das russische Cabinet halte es für seine Pflicht, auf die Gefahren hinzuweisen, welche ein starres Festhalten des preussischen Standpunktes in der Herzogthümerfrage herausbeschwören müßte, und könne nur dringend rathen, nur solche Ansprüche dringend ausreicht zu erhalten, welche mit dem Bundesrechte in Einklang stehen. Die Beiseitsetzung dieses Letzteren könne es schon darum nicht billigen, weil es dadurch die Existenz der preussisch-österreichischen Allianz bedroht sehe, an deren Befestigung Rußland das aufrichtigste und lebhafteste Interesse habe.“

Wien, 15. Januar. Endlich wäre man glücklich bei den beiden Wörtern „Annexion“ und „Compensation“ angelangt. Das „Vaterland“ veröffentlicht heute einen Artikel, der sich darin zusammenfassen läßt, daß Herr v. Bismark, wenn er einen Annexionsvorschlag macht, zugleich sich auch über die Compensation zu äußern habe, welche Preußen Oesterreich dafür gewähren müsse, daß dieses auf seinen bei Neverssee, am Königsberg und Beile errungenen Besitztitel zu Gunsten Preußens verzichte. Da das Junkerblatt nicht gewohnt ist, ins Blaue hineinzu schreiben und namentlich von seinen Gesinnungsgenossen in Preußen sehr gut bedient wird, so glaubt man, daß man es hier nicht bloß mit der persönlichen Anschauung des Redacteurs des „Vaterland“ zu

thun hat. Auffällig ist es immerhin, daß seit einiger Zeit das „Compensationsthema“ auch von anderen Seiten mit Vorliebe behandelt wird. Vielleicht ist dies nur der Schatten der kommenden Ereignisse. Daß Oesterreich ernstlich die Absicht habe, unter allen Umständen für den Herzog von Augustenburg einzutreten, hat man ohnehin niemals geglaubt. Eine so romantische Behandlung der Tagesfragen entspricht bekanntlich nicht den Traditionen Oesterreichs, und es wird immerhin gut sein, sich darauf vorzubereiten, daß Oesterreich plötzlich eine ganze unerwartete Schwenkung macht. Daß es jetzt für den Herzog von Augustenburg eintritt, ist allerdings wahr, steht aber damit nicht im Widerspruch, denn wenn man hier an Compensationen denkt, so ist es nur natürlich, daß man den Preis, den man dafür zu zahlen hat, möglichst hoch stellt. Der Verkehr mit den Mittelstaaten floßt vollständig. In München hat man Fiasco gemacht. Die dort abgegebenen Erklärungen waren nicht im Stande, daß tiefe Mißtrauen zu beseitigen, welches an der Star Oesterreich gegenüber herrscht. Glücklich war man in Stuttgart, und es soll sich bestätigen, daß dort auch Rußland seinen Einfluß geltend gemacht hat, um die königl. Regierung zu einer „reservirten“ Politik zu bewegen. Was sich die „Bosnische Ztg.“ von den Anerbietungen melden läßt, welche die Mittelstaaten hier durch Bayern haben machen lassen, ist durchaus ungenau. Augenblicklich ist hier auch gar kein Boden für dergleichen. Die Mittelstaaten sind ein Factor, mit dem man hier vorläufig nicht rechnen zu dürfen glaubt.

Paris, 14. Jan. An die Vorstände der Gemeinden Frankreichs ist von der Regierung eine Aufforderung erlassen worden, zu berichten über den Eindruck, welchen die Veröffentlichung der päpstlichen Bulle gemacht habe, so wie über die Anschauungen des Volkes, was gegenüber derselben von Seiten der Regierung zu geschehen habe; auch sollen die Ortsvorstände genau sich erkundigen und darüber Meldung erstatten, was man über das Rundschreiben des Cultusministers spreche. Dies ist ein neuer Beweis für meine schon mehrmals ausgesprochene Ansicht, daß die Regierung aus ihrer Zurückhaltung erst heraustreten werde, wenn sie sich der öffentlichen Meinung hinreichend sicher weiß. Vor der Hand wird ihre Strenge gegenüber offenbaren Gefehesverletzungen im Gleichgewicht bleiben mit ihrer Mäßigung im Verhalten zum heiligen Stuhle. Drouyn de Lhuys hat, wie ich vernehme, über die Bulle in einer Depesche an den römischen Hof sich geäußert, und man versichert mich, daß dieselbe in durchaus wohlwollendem und versöhnlichem Tone abgefaßt sei. — Es wird übrigens durch die neuesten Nachrichten aus Rom bestätigt und die Vertreter der fremden Mächte beim römischen Hofe haben in diesem Sinne an ihre Regierungen berichtet, daß Cardinal Antonelli über die Veröffentlichung der Bulle nicht zu Rathe gezogen worden sei, über deren Anzeitgemäßheit er ohne Zweifel sich sehr bestimmt ausgesprochen haben würde. Es ist ein ganz bestimmter Kreis von einigen Bischöfen und Laien, deren Einfluß die Veröffentlichung der Bulle zuzuschreiben ist. Das „Memorial diplomatique“ läßt sich ganz in ähnlichem Sinne aus Rom berichten und es wirft dies ein eigenthümliches Licht auf die von diesem Blatte mit so großer Zuversicht und so oft ausgesprochene Behauptung, daß die Bulle schon seit zwei Jahren abgefaßt und daß sie ganz der geschichtlichen Ueberlieferung des römischen Hofes entspreche, welchem das durch die Bischöfe gebildete und erzogene Europa seine Bildung, seine Freiheit, seine Größe verdanke. Uebrigens scheint der römische Hof aufs Neue die Dazwischenkunft der Tuilerien sich erbeten zu haben, um mit Italien eine Verständigung über die Staatsschuld von Rom anzubahnen. Auch in anderen Punkten, welche in der Convention vom 15. Sept. enthalten sind, nimmt man, wie es scheint, in Rom einen ganz anderen Standpunkt seit neuerer Zeit ein, als eigentlich der Bulle entspräche.

#### Nachrichten aus Posen und Polen.

Von der Polnischen Grenze, 16. Januar. Die zahlreichen nach Rom geflüchteten Polnischen Geistlichen haben dort nicht die freundliche Aufnahme und Unterstützung gefunden, die sie nach der vom Papst Pius IX. vielfach für die Polnische Sache kundgegebenen Sympathien erwarten durften. Man kommt ihnen dort im Gegentheil seitens der Geistlichkeit mit auffallender Kälte, ja Geringschätzung entgegen und überläßt sie meist ihrem traurigen Schicksal, so daß viele sich genöthigt sehen, die Hauptstadt der katholischen Christenheit wieder zu verlassen und in Frankreich oder der Türkei ein

Ashl zu suchen. Die „Bytwałose“ veröffentlicht zur Warnung für die Polnischen Emigranten, namentlich für die Geistlichen, einen Auszug aus einem aus Rom erhaltenen Briefe, dessen Verfasser, ein Polnischer Geistlicher, die ihm und seinen Amtsgenossen dort zu Theil gewordene Aufnahme also schildert: „ich übertreibe nicht, wenn ich behaupte, daß es leichter wäre, einen Stein zu erweichen, als die hiesigen Cardinäle und Monsignori's. Mitleid und Erbarmen mit Unglücklichen ist ihnen gänzlich fremd. Wir wurden hier aufs Allerschlechteste untergebracht, Niemand kümmerte sich um uns, Niemand stand uns in Krankheit bei. Man zeigte mit Fingern auf uns und nannte uns zuletzt „Freimaurer“. Eine solche Behandlung und der Mangel an den nothwendigsten Lebensbedürfnissen zwingt uns, die heilige Stadt zu verlassen und bei andern Völkern ein Ashl zu suchen. Der einzige Grundsatz der hiesigen Regierung ist „non possumus et videbimus“ (wir können nicht und werden sehen). Damit fertigte man uns überall ab, so oft wir um etwas baten. Natürlich erhielt Niemand etwas. Ich wundere mich daher jetzt nicht, daß man über die geistliche Regierung schreit und aufs Schleunigste Reformen begehrt.“ — Wie der „Dziennik Warszawski“ meldet, ist der ehemalige Russische Offizier Dombrowski, ein Pole und Freund der kriegsrechtlich gehängten Insurgentenführer Sieralowski und Zwirzdowski, aus dem Gefängniß in Moskau, in welchem er sich wegen Unterstützung des Aufstandes in Untersuchungshaft befand, entflohen. — Auf Verwendung des Oesterreichischen General-Konsuls in Warschau hat die Russische Regierung eingewilligt, daß abermals vier Galizische Landesangehörige, welche wegen Betheiligung am Aufstande theils nach dem Innern Rußlands, theils nach Sibirien deportirt waren, nach Oesterreich zurückkehren dürfen.

## Vocales und Provinzielles.

Danzig, den 19. Januar.

— Nachrichten vom 29. v. M. zufolge war die Besatzung der Fregatte „Niobe“ eben im Begriff an der Küste von Teneriffa das Weihnachtsfest zu begehen, als ein heftiger Sturm sich erhob, der das Schiff nöthigte, mit Hinterlassung des Ankers die hohe See aufzusuchen, um denselben austoben zu lassen. Hierdurch wurde die Weiterreise nach den Capverdeschen Inseln um drei Tage verzögert. Auch auf der Fahrt von Brest nach Madeira hatte das nämliche Schiff ungewöhnlich schwere Stürme zu bestehen, wie daraus hervorgeht, daß eine Sturzwelle ein 25 Fuß über Deck zwischen den Masten aufgehängtes Boot mit forttrieb.

— Der bisherige Verweser des französischen Konsulats hier selbst, Graf Méjan, ist als General-Konsul nach Port-au-Prince versetzt. An seine Stelle tritt als Konsul in Danzig Herr de la Garde, seitheriger Konsul in Porto-Rico.

†† Unserem gestrigen Bericht über die Stadtverordneten-Versammlung vom 16. d. M. ist nachzutragen, daß für das Kassen-Curatorium die Herren Gamm, Stoboy, Wagner und Weinberg gewählt worden sind.

— Der Stadt-Secretair Herr Schildt ist an Stelle des Herrn Gräbner zum Stadtverordneten-Secretair erwählt worden.

†† Sofort nach dem Begräbniß des Herrn Oberlehrers Paetsch versammelten sich dessen Freunde und Schüler im Schützenhause behufs der Berathung über eine Todtenfeier des würdigen Mannes. Die Berathung fand unter dem Vorsitz des Herrn Director Dr. Grabo statt. Beschlossen wurde, daß die Todtenfeier am Sonnabend, 28. Januar, stattfinden soll. In derselben wird Herr Dr. Kozier die Gedächtnisrede halten; auch sollen bei der Feier die Lieblingslieder des verstorbenen Freundes und Lehrers gesungen werden.

†† Der Lehrer Herr Zur zu Zenkau wird an die hiesige Petrischule versetzt werden und die Stelle erhalten, welche bisher der Lehrer Herr Grüning inne gehabt hat.

§§ In der vergangenen Nacht kam mit dem Zuge von Berlin der vor etwa Jahresfrist aus Danzig heimlich entwichene Kaufmann Meseck unter Bewachung eines Homburger Polizeibeamten hier an. Die mitentflohene Gattin kehrte freiwillig zurück und fuhr vom Bahnhofe zu ihren Verwandten. Der Entflohene soll sich in Frankfurt a. M. und bei Homburg aufgehalten haben und keineswegs in Toulon und Algier gewesen sein, wie man früher hier erzählte.

— Gestern Nachmittag ist die Leiche der verehel. Uhrmacher Repping in der Motlau bei Mattenbuden aufgefunden worden. Muthmaßlich hat die Frau den Tod gesucht, da sie am 16. mit ihrem hochbejahrten Manne in Streit gerathen war und denselben mit einem Plättbolzen an den Kopf geschlagen hatte, daß er besinnungslos niedergefunken war; was die Frau wahrscheinlich zu der Annahme verleitete, daß sie ihren Mann todgeschlagen habe; denn sie sprang gleich darauf durchs Fenster und ist nicht mehr gesehen worden.

§§ Heute Nacht wurde der Wachtposten auf dem Posthofe von dem Getreide-Factor J. insultirt. Durch die hinzukommende Patrouille wurde Letzterer verhaftet und zur Hauptwache geführt.

Marienwerder, 17. Jan. Zur Warnung für diejenigen Mütter, welche die üble Gewohnheit haben, ihre kleinen Säuglinge des Nachts bei sich im Bette zu behalten, diene die Mittheilung, daß unweit von hier auf einem Dorfe kürzlich wiederum der Fall vorgekommen ist, daß eine Frau ihr Abends noch lebenskräftiges Kind des Morgens im Bette erbrüct vorfand.

Thorn, 17. Jan. Unsere Stadt wird jetzt an jedem Abend mit eintretender Dunkelheit von Patrouillen durchzogen. Veranlassung zu dieser Maßregel hat ein Todtschlag gegeben, der vor etwa 8 Tagen von einem Arbeitsmann an einem Soldaten begangen ist. Der Anlaß dazu wird so verschieden erzählt, daß die Wahrheit sich wohl erst in der gerichtlichen Untersuchung herausstellen wird, doch sieht so viel jetzt schon fest, daß der Getödtete ganz unschuldig war, und der Angriff gegen ihn auf einer Verwechslung beruhte; der Todtschläger befindet sich im Criminalgefängniß. Durch die Ausfindung von Patrouillen wird beabsichtigt, der Wiederholung solcher gefährlichen Streitigkeiten vorzubeugen.

— Heute Morgen ist die Schwester eines hiesigen Subalternbeamten gestorben, deren Tod durch Verbrennung herbeigeführt wurde. Die Unglückliche war am Sonnabend, dem 15. d., Morgens, längere Zeit auf dem Hofe ihrer Wohnung beschäftigt gewesen und setzte sich dann um sich zu erwärmen, mit dem Rücken an die geöffnete Thür des von innen geheizten Ofens. Ob dort die Kleider von den Flammen unmittelbar ergriffen, oder durch die Hitze in Brand gerathen sind, ist nicht mehr zu ermitteln gewesen; gewiß ist, daß sie die eintretende Gefahr nicht eher bemerkt hat, bis der mittlere Theil ihrer Kleidung in Flammen stand, jetzt lief sie nach Rettung schreitend aus ihrer Wohnung zwei Treppen hoch herunter, ließ sich aber von den sie bezeugenden nicht festhalten, sondern stürzte in den Keller, wo die dort beschäftigten Bäckergehilfen die Flammen durch Wasser löschten. Am ganzen Leib, mit Ausnahme des Gesichts, verbrannt, an der Brust fast geröthet, erlag sie bald ihren Leiden. (Bromb. Ztg.)

Elbing, 17. Jan. Den hier vorgekommenen Fällen der Trichinenkrankheit widmet die Regierung zu Danzig besondere Aufmerksamkeit. Gestern war der Medicinalrath Dr. Reber hier, um sich über die Sache persönlich zu unterrichten. Die Trichinenfurcht hat jetzt übrigens die Stadt in einem Maße ergriffen, daß Niemand mehr Schweinefleisch essen will, und die Fleischer mit Schrecken ihre bedeutenden Vorräthe dem Verderben preisgegeben sehen.

Königsberg. Wie man hört, haben die Seitens einer großen Zahl von Vätern hiesiger Gymnasien und Realschüler gegen die vom Kgl. Provinzial-Schulcollegio ins Werk gesetzte Reorganisation der Sommerferien geltend gemachten, in der That sehr erheblichen Bedenken hierorts in weiteren Kreisen die Absicht reifen lassen, in einer Collectivpetition an die genannte Behörde diese um Milderung der Veränderung, die in gar manche sociale Verhältnisse überaus störend eingreift, anzugehen. Es steht zu hoffen, daß die Schulbehörde bei nochmaliger gründlicher Erwägung der hier in Betracht kommenden Momente sich dazu bereit finden lassen dürfte, falls die Antragsteller ihre Sache mit den richtigen allerdings sehr ins Gewicht fallenden Gründen zu motiviren wissen.

— In der am letzten Sonnabend abgehaltenen Sitzung der hiesigen Universität wurde Professor Dr. Friedländer mit allen Stimmen zum Protector für das nächste Universitätsjahr gewählt.

Gumbinnen. [Der bekannte Siegelring.] Am 4. d. M. sollte auf der hiesigen Kreisasse der Reitenbach'sche Siegelring verkauft werden, muß aber wohl der Besitzer des Ringes, wie der Ruischer Kemmies den Termin vergessen haben, denn keiner von ihnen war erschienen, aber ebenfowenig ein anderer Käufer. Es wurde ein neuer Termin auf den 11. d. M. angesetzt und erschien da als Erlöser des Pfandringes Gottilieb Kemmies und erkaufte ihn.

Memel, 15. Jan. Nach der letzten Volkszählung betrug die Einwohnerzahl unseres Ortes 17,716; in den drei letzten Jahren betrug die Vermehrung nur 226 Seelen. Die mit der Stadt in unmittelbarer Verbindung stehenden Communen Schmelz und Bommels-Witte mit einer Einwohnerzahl von ca. 7000 erfreuen sich einer größeren Zunahme der Bevölkerung.

Stettin, 17. Jan. Wie verlautet, soll beim Ausbau der Häfen von Stolpmünde und Leba darauf Rücksicht genommen werden, daß auch Kriegsschiffe in dieselben einlaufen können.

Stolz, 14. Jan. Vor einigen Tagen berührte der Kopf eines Landmannes das Schaufenster eines Taback-Geschäfts in der hiesigen Neuthorstraße und zwar mit solcher Vehemenz, daß dasselbe, welches einen Werth von etwa 40 Ebln. hatte, sofort in Stücke sprang. Der arme Teufel war ausgeglitten und den Kopf daran in die Scheibe gestürzt. Gutwillig wollte er nun den Schaden, der nach seiner Meinung sich wohl auf einige Groschen belaufen würde, erlegen. Als ihm aber auseinandergesetzt wurde, daß der Inhalt seines Geldbeutels im Betrage von einigen Thalern dazu nicht ausreichen dürfte und daß er, da er die Scheibe nicht muthwillig zerbrochen habe, ruhig seiner Wege gehen könne, indem dieselbe bei der Assurance-Societät versichert sei, die wohl für ihn bezahlen werde, steckte er freudig seinen Beutel in die Tasche und bemerkte, daß dies Glas doch ein ziemlich harter Gegenstand gewesen. Als sein Kopf mit der Scheibe in Berührung gekommen, habe er geglaubt, daß eher dieser als die Scheibe entzwei gegangen wäre. (Oder-Ztg.)

## Gerichtszeitung.

Criminal-Gericht zu Danzig.

[Scandal sucht und Messer sticht]. Die Gebrüder Carl Julius und Eduard Corinth, zwei vielfach bestrafte Individuen, gingen, um Scandal zu machen am Abend des 28. Juli durch die Straßen der Stadt und kamen bis auf den vierten Damm. In der Nähe der Tobiasgasse trafen sie mit den beiden Töpfergehilfen Focklem und Schöneberg zusammen. Umeine Schlägerei in's Werk zu setzen, stießen die beiden Corinth's ihren Begleiter auf die vorübergehenden beiden Töpfergehilfen. Diese nahmen eine solche Begegnung übel auf und ließen sich in unwilligen Worten aus. Die beiden Corinth's meinten, sie wurden durch solche Äußerungen beleidigt und hatten nun einen Grund für den Scandal und die Schlägerei, welche sie suchten. Nicht lange währte es, so war denn auch die Schlägerei in vollem Zuge. Schöneberg bekam mit einem harten Instrument gewaltige Hiebe auf den Rücken und Focklem einen Stich in die Schulter. Nachdem dies geschehen, entfloh der Eduard Corinth, wurde indeß bald mit Hilfe eines Seesoldaten von Polizeibeamten ergriffen und in's Gewahrsam gebracht. Beim Durchsuchen seiner Taschen wurde ein mit Blut besticktes Messer bei ihm gefunden. Man glaubte deshalb mit Bestimmtheit annehmen zu können, daß er es gewesen, welcher dem Focklem den Stich beigebracht. Der Gericht tritt er indessen beharrlich und behauptete, sein Bruder Carl habe den Stich ausgeführt, er habe nur mit einem zugemachten Messer den Rücken seines Gegners bearbeitet; es sei möglich, daß dabei ein Fleckchen Blut an sein Messer gekommen. Gestochen aber habe er nicht. Carl Corinth tritt gleichfalls den Stich ausgeführt zu haben. — Bei dem Mangel an glaubwürdigen Zeugen blieb es einstweilen unaufgeklärt, wer von den beiden Brüdern der brutale Mensch des Messerstichs gewesen. Die Sache aber ruhte nicht. Am vorigen Montag kam sie wieder bei dem hiesigen Criminal-Gericht zur Verhandlung. Es waren classische Zeugen ermittelt worden, und diese bezeugten mit voller Bestimmtheit, daß Carl Julius Corinth dem Focklem den Messerstich beigebracht. Derselbe wurde hiermit zu einer Gefängnißstrafe von 4 Monaten verurtheilt.

## Bermischtes.

\* \* Der patentirte Fichtennadel-Brustzucker von L. Morgenthau in Mannheim wird in London in fast allen Apotheken verkauft und ist von den berühmtesten englischen Aerzten als heilsames Mittel anerkannt worden.

\* \* Wilhelm P., 28 Jahre alt, der bei einem Rechts-Anwalt in Berlin arbeitete, hatte sich in ein junges, sehr hübsches Mädchen, Namens Charlotte Sch., verliebt, deren Vater ein Schnitwaarengeschäft hat, und er hatte es sich fest vorgenommen, die Hand seiner Angebeteten zu erlangen. Aber die Sache war nicht so leicht, denn erstens war P. unerlaubt häßlich, und zweitens besaß er außer einigen hundert Thalern, die er sich nach und nach gespart hatte, kein Vermögen. Um nun aber sein Ziel zu erreichen, damit die in seinem Herzen lodende Flamme ihn nicht ganz verzehrte, kam er auf folgenden Ausweg. Mit Hilfe von geschickt verbreiteten Gerüchten, von Briefen, die er an sich selbst schrieb und die er geheimnißvoll porzeigte, gelang es ihm, seiner Umgebung glauben zu machen, daß er auf dem Punkte wäre, eine sehr bedeutende Erbschaft zu erhalten und zwar sollte in seiner Heimath, in Schlesien, ein reicher Onkel Hagestolz, der sein Pathe gewesen, gestorben sein und ihm Alles hinterlassen haben. Nur noch einige gerichtliche Formalitäten wären zu erfüllen und der Schatz würde flüssig werden. Dieses Gerücht kam zu den Ohren der Familie Sch., die ihm Glauben schenkte und den häßlichen Schreiber jetzt mit ganz andern Augen betrachtete, dergestalt, daß P. um die Hand der Angebeteten anhielt, und sowohl von den Eltern als von dem jungen Mädchen, die sich vermuthlich schon in der eigenen Equipage, wenn auch keineswegs an der Seite eines Apollo, erblickte, wurde er günstig aufgenommen. Er presirte mit der Heirath und schon waren die letzten Vorbereitungen getroffen und das Aufgebot sollte erfolgen, als man durch einen Zufall erfuhr, daß die glänzenden Hoffnungen des Bräutigams eitel Wind waren. Seine Häßlichkeit, die man nicht mehr bemerkt hatte, wurde, der goldenen Unterlage entbehrend, wieder plötzlich sichtbar und der Schwiegervater wies ihm mit Indignation die Thür. P., der bei allen seinen Bekannten zum Gelächter, zur Zielscheibe ihres Spottes geworden war, verließ vor einigen

